

GLOGGNITZ

re
mu
rennertmuseum

Der österreichische ANTISEMITISMUS


Grundton der Ersten Republik

Ausstellungsbroschüre von Michael Rosecker



Wir danken herzlich für die Kooperation:

KULTUR
NIEDERÖSTERREICH 

 **Bundesministerium**
Kunst, Kultur,
öffentlicher Dienst und Sport

 **Renner**Institut

Stadtmarketing  **gloggnitz**
hat mehr!

© Karl Renner-Museum
Rennergasse 2, 2640 Gloggnitz, im Oktober 2021
www.rennermuseum.at

Umschlaggestaltung: Michael Rosecker

Grafische Gestaltung: Michael Rosecker

Lektorat/Korrektorat: Christine Bobek, Madhavi
Hussajenoff, Maria Maltschnig, Michael Rosecker
und Wolfgang Zwander

Dank an: Linda Erker, Erik Eybl, Christian Hoffmann,
Walter Mentzel und Georg Spitaler

Der österreichische Antisemitismus Grundton der Ersten Republik



Michael Rosecker

Über diese Ausstellung

Wir verstehen das Karl-Renner-Museum als einen offenen Ort historischer Wissensvermittlung, demokratischer Bildungsarbeit und gesellschaftspolitischer Debatte. So stellen wir uns auch brisanten Themen.

Zu einer Auseinandersetzung mit den Widersprüchen der Geschichte Österreichs in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gehört vor allem die Beschäftigung mit dem Antisemitismus, der tief in die politische Kultur eingeschrieben war. Daher zeigen wir eine Ausstellung, die sich mit dem Spannungsfeld einer generellen Politik der Feindschaft und der Ausgrenzung, Diskriminierung und Verfolgung österreichischer Jüdinnen und Juden in der Ersten Republik auseinandersetzt.

Die Verankerung des Antisemitismus in der österreichischen Gesellschaft der Ersten Republik ist so vielschichtig und umfassend, dass nicht alle Aspekte in dieser Ausstellung beleuchtet werden können. So liegt der Schwerpunkt auf der Darstellung zentraler politischer und gesellschaftlicher Institutionen und Akteur:innen des jungen Gemeinwesens. Mit der Befreiung vom Nationalsozialismus und dem Ende des Zweiten Weltkriegs im Jahr 1945 verschwand die weitverbreitete Judenfeindschaft nicht „plötzlich“. Daher werden auch deren Auswirkungen auf die Zweite Republik skizziert.

Die Erste Republik bleibt die dauernde Mahnung, Politik nicht als Feindbildkonstruktion der Ausgrenzung und als ein Entweder-oder von Sieg und Niederlage zu verstehen. Viel mehr soll das Politische als ein Widerstreit unterschiedlicher Interessen und Werthaltungen verstanden werden, der auf rechtsstaatlichen/menschenrechtlichen Grundlagen, in demokratischen Prozessen des besseren Arguments und basierend auf einer Haltung der

Kompromiss- und Kooperationsbereitschaft ausgetragen wird – im Sinne des Freiheits- und Gleichheitsversprechens der demokratischen Republik.

Der Antisemitismus-Begriff

Der Antisemitismus-Begriff dieser Ausstellung geht auf den deutschen Historiker Wolfgang Benz¹ zurück. Er nennt vier Formen des Antisemitismus: # Der christliche Antijudaismus, der seit dem Mittelalter religiös motiviert ist, aber auch kulturell, sozial und ökonomisch bestimmt sein kann.

Der seit dem 19. Jahrhundert pseudowissenschaftlich, anthropologisch und biologisch argumentierende Rassenantisemitismus.

Ein seit 1945 in Deutschland und Österreich auftretender Schuldabwehr-Antisemitismus, eine sich aus Scham und Schuldabwehr speisende Form des Ressentiments gegen Jüdinnen und Juden. Kristallisationspunkt dafür waren und sind die Fragen der Entschädigung bzw. Wiedergutmachung erlittenen jüdischen Leids und die Frage der historischen Verantwortung an der Shoah.

Der israelbezogene Antisemitismus, der die alte Judenfeindschaft auf den 1948 gegründeten Staat Israel projiziert.

Antisemitismus ist heute die Gesamtheit judenfeindlicher Äußerungen, Ressentiments, Haltungen und Handlungen unabhängig von ihren religiösen, rassistischen, sozialen oder sonstigen Motiven. Judenfeindschaft ist die Projektion von Vorurteilen auf eine Minderheit. Das hat für die Mehrheit verschiedene Funktionen und Vorteile: z.B. die Versinnbildlichung von politischem, kul-

¹ Benz, Wolfgang: Was ist Antisemitismus (C.H. Beck 2005)

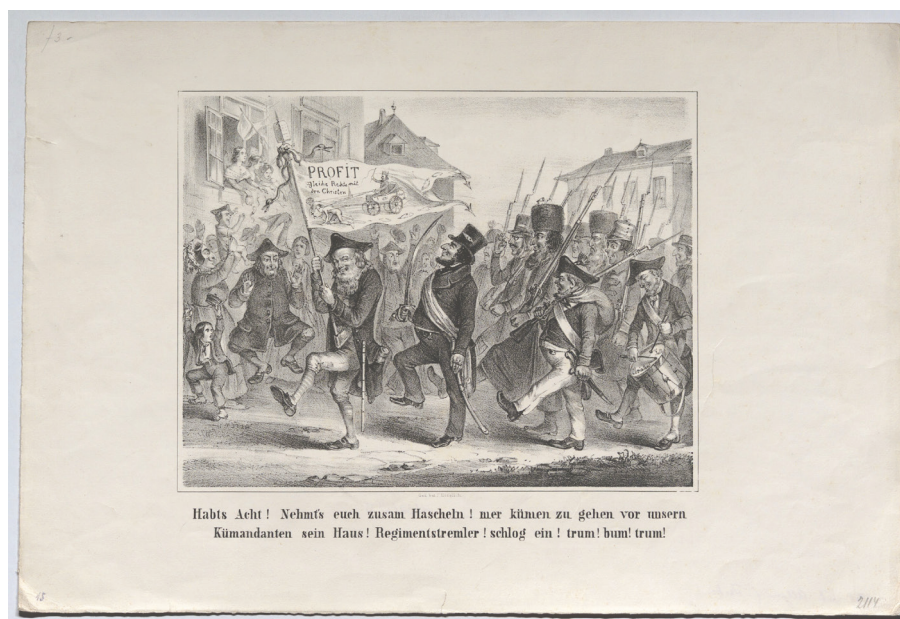
turellem sowie ökonomischem Unbehagen; die Artikulation von Existenz- und Entfremdungsängsten; wirtschaftlicher Konkurrenzneid; Bereicherung durch Entrechtung auf Kosten einer Minderheit; eine politische Mobilisierungsstrategie oder eine Verschleierung realer gesellschaftlicher Verhältnisse indem Aggressionen auf eine Minderheit verschoben werden. In seiner Komplexität ist der Antisemitismus das beispielgebende Phänomen für die Erforschung von Gruppenkonflikten und sozialen Vorurteilen. Der Antisemitismus ist ein „kultureller Code“ und eine ideologische Grundorientierung. Beides hat nichts mit realem jüdischen Leben zu tun und wird unabhängig von tatsächlichen Erfahrungen benutzt. Gleichsam „funktioniert“ Antisemitismus auch ohne Jüdinnen und Juden.

Der österreichische Antisemitismus

Wer die Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert begreifen will, muss sich auf eine Beschäftigung mit dem Antisemitismus einlassen. Seit dem Mittelalter sind antisemitische Propaganda, Agitation und rechtliche Diskriminierungen von Jüdinnen und Juden nachzuweisen. Im 19. Jahrhundert kam hinzu, dass die Habsburgermonarchie, im Zentrum Europas gelegen, allen geistigen Strömungen der Zeit ausgesetzt war. Sie wurde so zu einem Brennpunkt der damit verbundenen Innovationen und Konflikte. Das betraf auch die Bedeutung und Formen des Antisemitismus. Von katholischer Kirche und christlicher Volksfrömmigkeit traditionell gepflegter religiöser Antijudaismus verband sich mit „modernem“ pseudowissenschaftlich-rassisti-

schem Antisemitismus. Eigenständige Formen des Judenhasses trafen auf west- und osteuropäische Einflüsse. Gemeinsam machten sie die österreichische Variante zu einer der ausgeprägtesten in West- und Zentraleuropa vor Hitlers Machtübernahme in Deutschland 1933 (Bruce F. Pauley). Verschärft wurde diese Tatsache dadurch, dass die Modernisierung Österreich-Ungarns durch Industrialisierung, Verwissenschaftlichung/Technisierung des Daseins, neue Ideologien und soziale Emanzipationsbestrebungen verspätet und somit „sprunghaft“ einsetzte. Konflikte zwischen traditionellen und „modernen“ Vorstellungen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft intensivierten sich. Gefühle der Orientierungslosigkeit und Zukunftsängste wurden mit dem Antisemitismus bedient und dieser selbst ein Instrument gegen die Veränderungen. Von vielen Institutionen (Kirchen, Parteien, Vereinen etc.) und deren Führungspersonal wurde er gepflegt und tief eingeschrieben in alltägliche Rituale und die politische Kultur.

Die politische Wirksamkeit und Mobilisierungskraft des Antisemitismus wurden im Ersten Weltkrieg verschärft und gewannen mit der Republikgründung 1918 an Dynamik. Als Produkt des Krieges war die junge Republik vielen Krisen und Spannungen ausgesetzt. Sie wurde von vielen als ein „Zwergstaat“ ohne nationale Identität und als eine „Zwergenwirtschaft“, wirtschaftlich nicht überlebensfähig empfunden. Es konnte keine gemeinsame politische Kultur (Anton Pelinka) entwickelt werden, die in der Lage gewesen wäre, Konflikte demokratisch auszutragen, haltbare Kompromisse



Im Zuge der Revolution 1848 kämpften Wiener Jüdinnen und Juden an vorderster Front um ihre Emanzipation und Gleichstellung. Dies zog antisemitische Ressentiments und Agitation nach sich. Ausschnitt einer antisemitischen Karikatur. (Johann Höfelich, Wien Museum)

zu finden und die schweren Nachkriegskrisen zu meistern. Dies beförderte die Entwicklung einer weitgehenden Polarisierung der Gesellschaft und einer an Feindbildern ausgerichteten Politik. Der Antisemitismus sickerte so endgültig als Mittel und Zweck in alle Bereiche der Gesellschaft (Politik, Wirtschaft, Religion, Kultur und Wissenschaft) und wurde ein zentrales soziales Phänomen, das dem Nationalsozialismus den Weg ebnete.

„Juden zählen“ – Streit um Begriffe

Im Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn wurden bei Volkszählungen ab 1880 in den beiden Reichshälften uneinheitlich die Umgangssprache bzw. Muttersprache erhoben. Es konnte jedoch nur aus vorgegebenen Sprachen ausgewählt werden. Jiddisch und Hebräisch waren nicht darunter. Daher gaben Jüdinnen und Juden meist Deutsch als Umgangssprache an. Nur unter der Rubrik „Religion“ wurden „Israeliten“ gezählt.

Die Auseinandersetzungen, ob „Juden“ nun Angehörige einer Glaubensgemeinschaft, eines „Volksstammes“, einer „Nation“ oder gar einer „Rasse“ seien, wurden ab den 1880er-Jahren immer heftiger. Mit wachsendem Antisemitismus wurde in der „Judenfrage“ immer aggressiver mit Statistiken argumentiert. Austritt aus der Kultusgemeinde, „Assimilation“ und/oder christliche Taufe nutzten wenig, um der Diskriminierung und Ausgrenzung zu entkommen. Es wurde immer eine kollektive „jüdische Identität“ jenseits aller Unterschiede unterstellt. Bei den Volkszählungen in der Ersten Republik (1923 und 1934) wurde nur die

Religion erfragt. Vor der Volkszählung 1923 kam es im Parlament zu heftigen Auseinandersetzungen über die Begrifflichkeiten auf den Befragungsbögen, ob eine jüdische „Nation“ oder „Rasse“ erfragt werden solle. Damit wollte man „alle“ Jüdinnen und Juden erfassen. Vor allem die Sozialdemokratie stellte sich dem entgegen. Ebenso die Regierung Dollfuß hätte 1934 gerne „alle Juden“ erfasst, aber man konnte sich erneut auf keine Formulierung einigen.

Der Antisemitismus und die Katholische Kirche – Zwischen Verkündigung des Wortes Gottes und Hetze

Viele Aspekte des politischen Antisemitismus haben ihren Ursprung im historisch gewachsenen Antijudaismus der katholischen Kirche. Über Jahrhunderte gepflegte Ritualmordlegenden und „Gottesmord-Vorwürfe“ wurden auch in der „modernen“ rassistischen Agitation verwendet. Umgekehrt wurden biologistische Argumentationslinien von Priestern und katholischen Aktivist:innen aufgenommen, obwohl die Amtskirche sich vom „Rassenantisemitismus“ offiziell distanzierte. Durch die enge Verwobenheit vieler Geistlicher und der Institution Kirche mit der Christlichsozialen Partei kam es zu einer Vermengung der antisemitischen Sichtweisen und somit zur Politisierung des Antijudaismus. So verschaffte die Kirche als moralische Autorität den Argumenten der Antisemit:innen Legitimation, die ihrerseits die „Vereinbarkeit“ von Christentum und Antisemitismus davon ableiteten. Viele kirchliche Würdenträger feindeten

Für den bekannten katholischen Publizisten Anton Orel (1881–1959) war ein „wahrer Christ“ auch Antisemit. 1934 erschienen drei antisemitische Werke von ihm. Voraussetzung für die „wahre Ständeordnung“ sei die „Abgeschiedenheit der Juden“. (ÖNB)

Der Südtiroler Pfarrer des Deutschen Ritterordens Arbogast Reiterer (= Gaston Ritter, 1886–1956) vertrat in dieser Hetzschrift von 1934 antisemitische Weltverschwörungstheorien. (Sammlung M. Rosecker)



jüdische – vor allem sozialdemokratische und liberale – Intellektuelle in Politik, Wissenschaft und Kultur als Vorreiter:innen der „gottlosen Verweltlichung“ und „modernistischen Rationalität“ an. In katholischen Tageszeitungen und Zeitschriften der Ersten Republik – z.B. Das Kleine Kirchenblatt und Schönerer Zukunft – bedienten höherer Klerus und Theologen antijüdische Vorurteile. In lokalen Kirchenzeitungen und von der Kanzel wurden auch antikapitalistische Angriffe gegen das Judentum als „profitgierig“ und „herzlos egoistisch“ von Teilen des niederen Klerus massenwirksam kampagnisiert und popularisiert. Dem Zionismus stand die Kirche eher ablehnend gegenüber.

Mit dem Erstarken des Nationalsozialismus in den frühen 30er-Jahren versuchte die Amtskirche sich immer wieder von diesem abzugrenzen. Im Streben, die Hinwendung vieler Katholik:innen zur NSDAP zu verhindern, wurden Positionen von dieser in abgeschwächter Form übernommen und als eigenständige antisemitische Alternative präsentiert. Vor allem nach der Machtergreifung Hitlers in Deutschland 1933 und der Etablierung des austrofaschistischen Regimes 1934 wurde diese Linie in einigen Diözesen auch publizistisch intensiv propagiert. Die Positionen in der katholischen Kirche waren als Institution und bei ihren Repräsentanten oft gespalten und widersprüchlich. Der Priester und christlichsoziale Parteivorsitzende Ignaz Seipl trat gegen den rassistischen Antisemitismus auf, bediente diesen jedoch auch offensiv, wenn es strategisch opportun erschien. Kardinal Theodor Innitzer wiederum sprach sich öffentlich klar gegen den Antisemitismus aus, duldete ihn jedoch in

den kirchlichen Strukturen seiner Diözese. Ebenso vertrat er eine Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Nationalsozialismus, rettete allerdings ab 1940 mit der „Hilfsstelle für nichtarische Katholiken“ vielen Jüdinnen und Juden das Leben.

Irene Harand Kämpferin gegen den Hass

Als Irene Wedl geboren, wuchs sie in einem großbürgerlichen toleranten Elternhaus auf. Sie heiratete den k.u.k. Offizier Frank Harand. Ende der 1920er-Jahre lernte sie den jüdischen Rechtsanwalt Moritz Zalman kennen, der gegen die österreichische Regierung Entschädigungen für Tausende „Kleinrentner“ (Rentner=Anleger) erstritt, die durch die Inflation mittellos geworden waren. Mit ihm gründete sie 1930 die erste Österreichische Volkspartei (nicht mit der nach 1945 gegründeten ÖVP zu verwechseln), in deren Zentrum der Kampf gegen den Antisemitismus stand. 1933 rief Harand die „Weltbewegung gegen Rassenhass und Menschennot“ ins Leben, die bald als „Harand-Bewegung“ international bekannt wurde. Im Eigenverlag gab sie 1935 ein Buch heraus, in dem sie sich offen gegen den Nationalsozialismus stellte. Während des „Anschlusses“ 1938 befand sie sich im Ausland auf Vortragsreise. Sie kehrte erst nach 1945 nach Österreich zurück. Harand war eine überzeugte Katholikin, zunächst Monarchistin und schließlich Anhängerin des austrofaschistischen Regimes. Dieses kritisierte sie jedoch vehement für dessen teils antisemitische Politik.



Im Jahr 1933 rief Irene Harand (1900–1975) die „Weltbewegung gegen Rassenhass und Menschennot“ ins Leben, die bald als „Harand-Bewegung“ international bekannt wurde. („Sein Kampf“)

Der Republikanisierung und Demokratisierung Österreichs 1918 standen Teile der politischen und wirtschaftlichen Eliten skeptisch gegenüber. Die Republik wurde auch (rote) „Wiener Judenrepublik“ genannt. Das antisemitische Wahlplakat zur Nationalratswahl 1920 mobilisierte dagegen. (Sammlung ÖNB)

Der Antisemitismus der christlichsozialen Partei – Programm, Strategie und radikale Phrase

Der Antisemitismus war programmatische Grundlage und ideologische Konstante der Christlichsozialen Partei (CSP) seit ihrer Gründung 1893. Ebenso war er weltanschaulich-emotionales Bindeglied zwischen den unterschiedlichen sozialen Gruppen der Partei. Damit sollten die oft widersprüchlichen wirtschaftlichen und politischen Interessen zwischen Arbeitern, Angestellten, Kleingewerbetreibenden und Industriellen etc. überbrückt werden. Das antisemitische Ressentiment wurde nach der Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts 1918 auch als agitatorisches Mobilisierungsinstrument für neue Wähler:innenschichten verstanden. Von der katholischen Kirche gepflegter religiös aufgeladener christlicher Antijudaismus vermengte sich mit wirtschaftlichem und „modernem“ pseudowissenschaftlich rassistischem Antisemitismus.

Bereits seit der Gründung der Republik wurde von der CSP versucht, die Diskriminierung von Jüdinnen und Juden auf gesetzliche Grundlagen zu stellen. Immer wieder wurden Handlungsanleitungen zur „Lösung der Judenfrage“ vorgeschlagen. Diese reichten von rechtlich geregelter Segregation und Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung (Leopold Kunschak: „Die Rechtsverhältnisse der Jüdischen Nation“ 1919/1936) bis hin zu Vorschlägen, weltweit deren Aussiedelung nach Palästina in einer „einvernehmlichen Lösung“ zu organisieren (Emmerich Czermak: „Ordnung in der Judenfrage“, 1933). Radikale Forderungen wie jene, dass

„Angehörige der semitischen Rasse“ nicht Teil der „Wehrmacht“ sein können (1919) und alle „Juden als ausländisches Minoritätenvolk“ ohne „weitere Rechte“ (1920) zu behandeln wären, bestimmten immer wieder die Politik der CSP. Ebenso waren Christlichsoziale in antijüdischen Ausschreitungen vor allem an den Hochschulen involviert. Diese Übergriffe wurden oft höhnisch von der Parteipresse flankiert. In Fragen der ständischen Interessenpolitik Wirtschaftstreibender wurde schon früh ein „Kauft-nur-bei-Christen“ kampagnisiert.

Der Antisemitismus diente auch als Kooperationsangebot der Christlichsozialen an deutschnationale und völkische Kreise. Der christlichsoziale Antisemitismus verstand sich selbst als „harmloser“ als der gewaltbereite „Radau-Antisemitismus“ der Deutschnationalen. Diese Verharmlosung und die gleichzeitig verwendete radikale Phrase machten jedoch den tatbereiten Juden Hass in breiten Kreisen erst salonfähig.

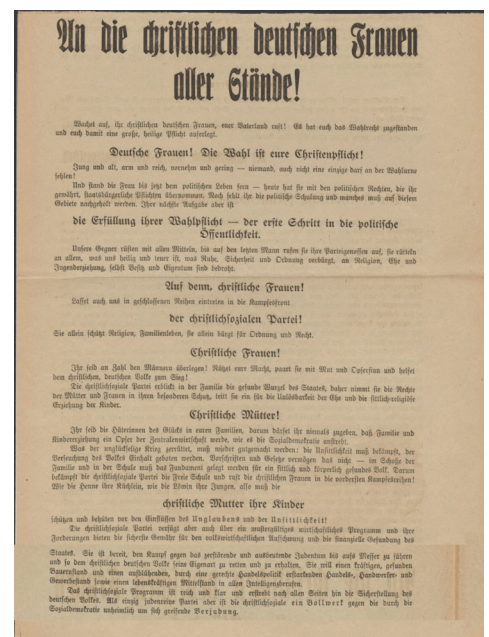
Karl Lueger – Lehrherr aller Antisemiten

Lueger stammte aus ärmlichen Verhältnissen. Er studierte Rechtswissenschaften und war Mitglied einer katholischen Studentenverbindung. Als Rechtsanwalt für „kleine Leute“ machte er sich einen Namen. Seinem Vorbild, dem jüdischen Arzt Ignaz Mandl folgend, ging er als Liberaler in die Politik. Er war Wiener Gemeinderat, Abgeordneter im Reichsrat, niederösterreichischer Landtagsabgeordneter und ab 1897 bis zu seinem Tod Wiener Bürgermeister. 1893 gründete er die Christlichsoziale Partei. Dafür vereinigte er bestehende

Karl Lueger (1844–1910) war Gründer der Christlichsozialen Partei und Wiener Bürgermeister. Seine volkstümliche und verhetzende antisemitische Agitation prägte Strategie und Praxis des politischen Antisemitismus.



Bei der Wahl zur Konstituierenden Nationalversammlung im Februar 1919 durften Frauen das erste Mal wählen. Die steirischen Christlichsozialen warben als „einzig judenfreie Partei“, die gegen die durch die SDAP verursachte „umsichgreifende Verjudung“ ankämpfe, um weibliche Stimmen. (Sammlung ÖNB)



katholisch-konservative Vereine (Handwerker, Gewerbetreibende, niederen Klerus etc.). Lueger erkannte die Wirkmächtigkeit des Antisemitismus. Dieser war für ihn die ideologische Klammer seiner Rhetorik gegen Liberalismus, Kapitalismus, Sozialdemokratie und „Obrigkeit“. Ebenso diente das Feindbild „Jude“ als ständige Brücke zur deutsch-nationalen Konkurrenz. In seine Zeit fielen kommunale Meilensteine wie die Verbesserung der städtischen Infrastruktur, die Kommunalisierung wichtiger Versorgungsbetriebe und die Schaffung eines Grüngürtels. Seine volkstümliche und verhetzende Agitation prägte Strategie und Praxis des politischen Antisemitismus.

Leopold Kunschak – Demokrat und Antisemit

Kunschak stammte aus ärmlichen Verhältnissen und lernte das Sattlerhandwerk. Bewegt von sozialen Fragen und der 1891 veröffentlichten Sozialzyklika Papst Leos XIII. (Rerum novarum) nahm er Kontakt zu Karl Luegers Umfeld auf. 1892 gründete Kunschak den Christlichsozialen Arbeiterverein, in dem ein rabiatere Antisemitismus ein wichtiges ideologisches und agitatorisches Element bilden sollte. Er wurde Wiener Gemeinderat, Reichsratsabgeordneter, nach dem Ersten Weltkrieg Nationalratsabgeordneter und nach dem Zweiten Weltkrieg Präsident des Nationalrats. Politisch versuchte er stets, sich gegen die Deutschnationalen abzugrenzen, sich gegen die demokratiefeindliche Orientierung der Heimwehren durchzusetzen und ein kooperatives Verhältnis zur SDAP herzustellen.

Kunschak war überzeugter Demokrat und Antisemit. Im Nationalsozialismus wurde er verfolgt und hielt Kontakt zu Widerstandsgruppen. Nach 1945 ist er einer der Mitbegründer der ÖVP und gemeinsam mit Karl Renner (SPÖ) und Johann Koplenig (KPÖ) Unterzeichner der österreichischen Unabhängigkeitserklärung von Hitler-Deutschland. Vom Antisemitismus konnte er sich auch nach 1945 nie klar distanzieren.

Der Antisemitismus und das deutschnationale Lager: Nation, „Rasse“ und Blut – von der Sprache zur Gewalt

In deutschnationalen Kreisen und den schlagenden Burschenschaften der Donaumonarchie wurde der völkisch-rassistisch begründete Antisemitismus nach dem Zerfall der alten liberalen Honoratiorenparteien ab den 1870er-Jahren dominantes politisches Element. Er wurde nach der Gründung des (klein)deutschen Nationalstaats (Deutsches Kaiserreich) im Jahr 1871 – ohne die „Deutschen“ der österreichisch-ungarischen Monarchie – in diesen Milieus zentrales Identifikationsmerkmal und Grundorientierung. Vor allem durch die Agitation der Alldeutschen Bewegung Georg Heinrich Schönerers wurden alte liberale Ideen durch den aggressiven Antisemitismus verdrängt. Die Vorstellung einer „nationalen Volksgemeinschaft“, die auf „rassenbiologischer“ Zugehörigkeit beruhe, wurde dominierend. Nach der Ausrufung der Republik versuchte das vielfältige deutschnational-bürgerliche Lager sich in der Großdeutschen Volkspartei (GDVP) zu vereinigen.



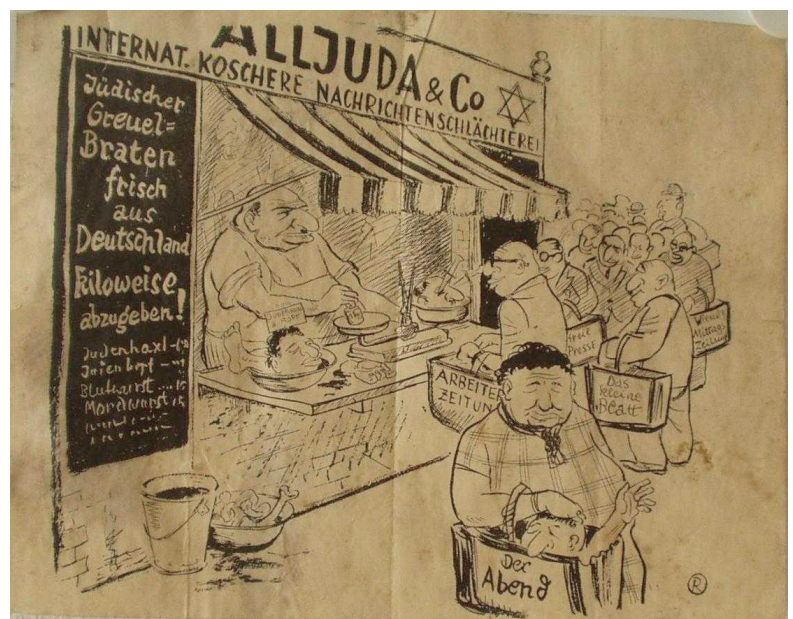
Zur Kärntner Landtagswahl 1923 traten die Christlichsozialen, der Kärntner Landbund und die Großdeutsche Volkspartei als Einheitsliste gegen die Sozialdemokratie an. Der Antisemitismus gegen die „verjudete“ Sozialdemokratie war tragendes Element der Wahlkampagne und richtete sich gegen den sozialdemokratischen Landeshauptmann Florian Gröger. Die Einheitsliste siegte und Obmann des Landbundes, Vinzenz Schumy, wurde zum Landeshauptmann gewählt. (Sammlung Erik Eybl)

Ein Wahlplakat der Großdeutschen Volkspartei, das sich antiklerikal gegen die Christlichsozialen und antisemitisch gegen die Sozialdemokratie richtete. (Steirisches Landesarchiv)

In ihrem Salzburger Gründungsprogramm (1920) wurde im Kapitel „Unsere Stellung zur Judenfrage“ ein rabiater rassistischer Antisemitismus vertreten. Das Judentum wurde als „Fremdkörper“ definiert und 1921 ein „Arierparagraph“ eingeführt. Obwohl sich alle Parteifunktionär:innen mit ihrer Unterschrift verpflichten mussten, diese Ideen mit Vehemenz zu vertreten, führte die Radikalität in der „Judenfrage“ zu innerparteilichen Diskussionen. Die oftmalige Regierungsverantwortung in bürgerlichen Koalitionen mit teilweise gemäßigten Ministern zog jedoch eine Zurückhaltung in der politischen Praxis nach sich. Besonders radikale antisemitische politische Fantasien, wie die Einführung einer „Volkurkunde“ als Vorläufer des „Ariernachweises“, wurden vor allem im 1921 vom Abgeordnetenverband der GDVP gegründeten „Fachausschuss für die Judenfrage“ ausgelebt. Viele Forderungen blieben ohne Wirkung. Gewalt gegen Jüdinnen und Juden war vor allem auf die Universitäten beschränkt.

Mit wachsender Arbeitslosigkeit und der Krise des politischen Systems Ende der 20er-Jahre entstand im erstarkenden österreichischen Nationalsozialismus ein Konkurrent, der die Wähler:innenschaft mit noch radikaleren Phrasen abzog. Mit dem einhergehenden Bedeutungsverlust erfolgte ein Generationenwechsel beim Führungspersonal. Die neuen Kader kamen aus dem Nationalsozialismus. Ein Aufgehen der GDVP in der NSDAP war die Folge, die das meiste ihrer radikalen antisemitischen Rhetorik und Agitation nicht „erfinden“ musste, sondern bereits vorfand.

Drastische Hetzpropaganda der österreichischen NSDAP aus dem Jahr 1933. Vor allem der sozialdemokratischen, sozialistischen und liberalen Presse wurde unterstellt, Gräuelpromaganda gegen die nationalsozialistische deutsche Regierung zu betreiben und deren Vorgehen gegen Jüdinnen und Juden zu übertreiben.
(Sammlung Erik Eybl)



Georg von Schönerer – Hitlers politisches Vorbild

Schönerer war Sohn eines geadelten Eisenbahningenieurs und studierter Landwirt, der sich in schlagenden Burschenschaften engagierte. Im Jahr 1873 wurde er für die liberale Deutsche Verfassungspartei in das Abgeordnetenhaus des Reichsrats gewählt. Als radikaler Anhänger der großdeutschen Idee entfernte er sich vom Liberalismus und bekämpfte den habsburgischen Vielvölkerstaat. Schönerer gründete 1882 den Deutschnationalen Verein und erarbeitete maßgeblich das liberal-nationale Linzer Parteiprogramm. In Folge erweiterte er dieses eigenständig um radikale rassistisch-antisemitische Passagen. Die Einführung eines „Arierparagraphen“ führte zur völligen Abkehr von liberalen Ideen. 1891 erfolgte die Gründung der Alldeutschen Bewegung, die radikal und brutal in Sprache und Agitation den rassistischen Antisemitismus in der Politik etablierte. Georg von Schönerer war ein wuchtiger Rhetoriker, der wortgewandt mit Drohungen, Irrationalismen und extremen Forderungen die einen begeisterte und die anderen ängstigte. Sein völkischer Nationalismus und sein rassistischer Antisemitismus wurden in Inhalt und Methode politisch wegweisend.

Walter Riehl – Antisemit in vielen Parteien

Riehl wurde in Wiener Neustadt geboren, besuchte das Gymnasium und studierte Jus. Zunächst wandte er sich der Sozialdemokratie zu. Er wandelte sich jedoch zum radikalen antisemitischen

Deutschnationalen und versuchte bürgerliche deutsch-nationale Kreise mit einer völkischen Arbeiterbewegung zu verbinden. 1919 übernahm er den Vorsitz der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei (DNSAP) und war im Antisemitenbund aktiv. Das Verhältnis zu den deutschen Nationalsozialisten wurde schlechter und Riehl spaltete sich mit Getreuen ab. Als Rechtsanwalt vertrat Riehl den Mörder Hugo Bettauers, die Täter von Schattendorf und den Attentäter des missglückten Anschlags auf Bürgermeister Karl Seitz 1927. 1930 wurde Riel dennoch Mitglied der NSDAP-Hitlerbewegung und 1932 Wiener Gemeinderat. Es folgten ein erneuter Ausschluss aus der NSDAP und eine kurze Verhaftung nach dem „Anschluss“ 1938. Von der Roten Armee wurde er 1945 ebenso kurzfristig in Haft genommen. Seine politische Heimat fand Riehl 1947 in der ÖVP, die er u.a. mit Wahlaufufen an die ehemaligen Nationalsozialist:innen unterstützte, wie in einer programmatischen Rundfunkansprache 1953.

Der Deutsche Klub

Der Deutsche Klub (DK) wurde 1908 im Milieu deutschnationaler Studentenverbindungen gegründet. Mit Ausrufung der Republik 1918 entwickelte er sich zum Sammelbecken für katholisch-nationale, völkisch-rassistische und antidemokratische bürgerliche Kreise. Deren weltanschauliches Bindeglied war die Ablehnung der mit der Republikgründung einhergehenden Veränderungen in Staat und Gesellschaft sowie der Antisemitismus in all seinen Schattierungen.

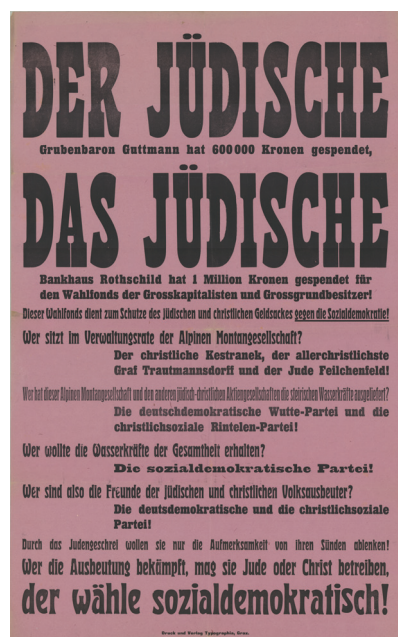
Ein Ziel dieses elitären, männlichen und meist akademischen Machtnetzwerkes war die personelle und ideelle Durchdringung der staatlichen, ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen der Republik. So sollte den eigenen weltanschaulichen und ökonomischen Interessen zum Durchbruch verholfen werden. Einflusnahmen auf Gesetzgebung und Justiz erfolgten aufgrund der personellen Verflochtenheit zwischen DK und staatlichen Strukturen auf vielfältige Weise. Der DK war im Laufe der 30er-Jahre maßgeblich für die nationalsozialistische Unterwanderung Österreich verantwortlich. Im Jahr 1939 wurde er aufgelöst.

Viele seiner Mitglieder sollten nach 1945 wieder eine politische Rolle spielen. 1957 erlebte der „Deutsche Klub“ als „Neuer Klub“ eine Art Wiederbelebung.

Der Antisemitenbund

Der Antisemitenbund (AB) wurde als Deutschösterreichischer Schutzverein – Antisemitenbund von christlichsozialen und deutschnationalen Politikern 1919 in Wien gegründet. Er war als eine partei- und klassenübergreifende Agitationsplattform für die Massenmobilisierung gedacht. Neue Wähler:innengruppen sollten erreicht werden. Der AB sollte „Aufklärungs- und Erziehungsarbeit“ für den Kampf gegen den „Krankheitserreger: Judentum“ und die „Krankheit: der jüdische Geist“ leisten (Freie Stimmen, 2.10.1919).

Pogromhetze und Gewalt begleiteten die Agitation des AB bereits von Beginn an. Die Rhetorik der Vereinsgazette Der eiserner Besen kann als Vorläufer



Georg von Schönerer (1842–1921) wandelte sich vom Deutschliberalen zum rabiaten Rassenantisemiten. Sein völkischer Nationalismus und sein rassistischer Antisemitismus wurden in Inhalt und Methode politisch wegweisend. (ÖNB)

Bei der Wahl zur Konstituierenden Nationalversammlung 1919 wurden auf einem Wahlplakat der steirischen SDAP Geldflüsse des „jüdischen und christlichen Geldsackes“ in Richtung Wahlfonds der Großkapitalisten und Großgrundbesitzer der Christlichsozialen und Deutschnationalen behauptet. Die antikapitalistische Polemik bemühte dafür auch das antisemitische Klischee des jüdischen Bankkapitals. (Sammlung Erik Eybl)

ferin der NS-Hetzschrift Der Stürmer gesehen werden.

Eine politische Forderung war die Erstellung eines „Judenkatasters für Wien“. Dies war mit einem Aufruf an die „arische Bevölkerung“ verbunden, im eigenen Umfeld „Hauslisten“ anzulegen (Reichspost, 11.5.1921). Die Christlichsoziale Partei suchte mit wechselnder Intensität die Nähe zum AB. Er wurde dennoch immer mehr durch Nationalsozialisten unterwandert, schließlich 1933 formell aufgelöst und blieb von der Regierung geduldet jedoch legal bis 1938 aktiv.

Der Antisemitismus und die Sozialdemokratie – Die SDAP als „Judenschutztruppe“ mit Widersprüchen

In der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) spielte der Antisemitismus eine untergeordnete Rolle, da sie versuchte, ein übernationales Klassenbewusstsein zur Identitätsbildung und Mobilisierung zu schaffen. Vielmehr verstand sich die Sozialdemokratie als Emanzipationsbewegung, die Menschen aus wirtschaftlicher und rechtlicher Abhängigkeit befreien wollte. Aus diesem Verständnis heraus schlossen sich ihr viele Jüdinnen und Juden an und übernahmen sowohl in der politischen Praxis als auch in der theoretischen Arbeit führende Rollen ein. Seit ihrer Gründung 1888/89 wurde gegen die SDAP als „verjudete Partei“ mobilisiert.

Die Sozialdemokratie, die sich schon in der Habsburgermonarchie mit der Nationalitätenfrage beschäftigt hatte, verstand jedoch im Sinne ihres austromarxistischen Theoriegebäudes Religion

nicht als „nationenbildend“. „Jüdisch“ waren jene, die der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörten. Dieser Logik folgend stand die SDAP dem Zionismus kritisch gegenüber, da dieser die „Judenfrage“ primär als nationale Frage verstand. Der Antisemitismus sei ein reaktionäres, „dummes“ und im Sozialismus verschwindendes Phänomen (Otto Bauer, 1907). Das führte in der SDAP zu dessen Bagatellisierung und immer wieder zur Zurückhaltung bei seiner Bekämpfung. Programmatisch lehnte die SDAP den Antisemitismus ab und warb bei Wahlen immer wieder offen um jüdische Stimmen.

Dennoch verwendete die Sozialdemokratie rhetorische Versatzstücke der antisemitischen politischen Konkurrenz. Zum einen aus Angst vor der Mobilisierungskraft des Antisemitismus in der Arbeiter:innenschaft und somit als „Abwehr“ der Anfeindung als „Judenschutztruppe“ und „Judensozi“. Zum anderen, um manipulativ die antisemitischen Parteien als „Helfershelfer des Kapitals“ („Der Judenschwindel“, 1923) darzustellen. Die antikapitalistische Argumentationslinie, das „Bankenkapital“ – egal ob „jüdisch“ oder „christlich“ – finanziere die bürgerlichen Parteien und der Antisemitismus sei ein strategischer Trick der Ablenkung („Klassenkampf“ statt „Rassenkampf“), bediente selbst antisemitische Stereotypen. Die Niederlage und Zerschlagung der Sozialdemokratie im Februar 1934 machte Teile ihrer Parteigänger:innen empfänglich für die austrofaschistische und nationalsozialistische antisemitische Propaganda, dass „jüdische Führer“ sie „verführt“ und „verraten“ hätten.

Die einzige maßgebliche Partei, die Jüdinnen und Juden die Möglichkeit politischer Tätigkeit und Karriere bot, war die Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Organisationen wie die jüdische sozialdemokratische „Poale-Zion“ (= Arbeiter Zions) und der „Verband sozialistischer Juden“ unterstützten sie; ein Aufruf zur Nationalratswahl 1930. (ÖNB)

Jüdische Wähler und Wählerinnen!

Bei den gegenwärtigen Nationalratswahlen geht es um die Entscheidung, ob die Reaktion oder die Demokratie siegen soll. Ein Sieg der Reaktion würde ungeheure Gefahren für die Juden bringen. Jede Zersplitterung der jüdischen Stimmen bedeutet Schützenhilfe für die Reaktion.

Darum kommt und höret:

Wie sollen Juden am 9. November wählen?

Darüber sprechen:

am Dienstag, 4. NOVEMBER 7 Uhr abends im Gasthaus Schumpoletz, XX. Mortara- platz 1:	am Mittwoch, 5. NOVEMBER 7 Uhr abends im Lichtspiel- theater
Dr. Rudolf Glanz u. Bezirksrat Selzer	XX. Gaussplatz 13:
Verband sozialistischer Juden	Nationalrat Karl Leuthner u. Ch. Kupfer
	Jüdisch-sozialdem. Poale-Zion

Verleger: Ein. Reichsorganisations, XX. Strossengasse 9. – Verantwortl. Hans Finkmann, Lefzigenstraße 11. – Druck von Leon Dittli, XX. Zionsberggasse 4.

Käthe Leichter – Sozialdemokratische Jüdin

Käthe Pick wurde 1895 in Wien geboren, wo sie in wohlhabenden Verhältnissen aufwuchs. Durch eine Klage beim Reichsgericht erkämpfte sie als Frau die Zulassung zum Studium und inskribierte im Jahre 1914 Staatswissenschaften an der Universität Wien. Promovieren musste sie in Heidelberg (bei Max Weber), da ihr das als Frau in Österreich nicht gestattet war. 1925 übernahm sie den Aufbau des Frauenreferats in der Arbeiterkammer Wien. Leichter baute systematisch eine Datenbank mit Material über arbeitende Frauen auf und erhob detailliert deren private und berufliche Lebensumstände. Daraus resultierten der Film „Frauenleben. Frauenlos“ aus dem Jahr 1931 sowie zahlreiche Studien. In der Frage des Antisemitismus vertrat sie die in der Sozialdemokratie weitverbreitete Ansicht, dieser sei eine Form des Antiintellektualismus und des fehlgeleiteten Antikapitalismus. Als Sozialdemokratin, Jüdin und Frau war sie mehrdimensional Ressentiments ausgesetzt – auch in ihrem Arbeitsumfeld. Die Flucht vor der rassistischen und politischen Verfolgung durch den Nationalsozialismus gelang ihr nicht mehr. Sie wurde 1942 in der NS-Tötungsanstalt Bernburg mit Giftgas ermordet.

Karl Renner und der Antisemitismus

Im Zuge der Debatte um die Umbenennung des Dr.-Karl-Lueger-Rings wurde Karl Renner in der geschichtspolitischen Auseinandersetzung ebenso mit Antisemitismuskonflikten konfrontiert und eine Umbenennung des Dr.-Karl-Renner-Rings thematisiert. Anstoß dafür waren einige seiner Parlaments-

reden in der Ersten Republik. Diese wurden jedoch nur bruchstückhaft und kontextlos zitiert.

Festzuhalten ist, dass Karl Renner sowohl den Antisemitismus der Christlichsozialen Partei als auch von Leopold Kunschak seit den Tagen Karl Luegers in Artikeln analysierte und öffentlich kritisierte. Die bürgerlichen Parteien betrieben für die Nationalratswahl 1920 einen massiv antisemitischen Wahlkampf. Nach dem christlichsozialen Wahlsieg wurde dieser als wahlentscheidend wahrgenommen und von Renner mit ironisch-sarkastischer Rhetorik scharf kritisiert. Dabei überzog er in einzelnen Passagen den Sarkasmus im parteipolitischen Streit und bediente in seiner Kritik des christlichsozialen Antisemitismus selbst antisemitische Vorurteile. Ebenso verwendete er – vor allem im Wahlkampf 1923 – das in dieser Ausstellung beschriebene von der Sozialdemokratie verwendete antikapitalistische Klischee von der Zusammenarbeit des „jüdischen Bankkapitals“ mit den „Antisemiten“. All das muss Gegenstand historisch-kritischer Betrachtungen sein.

Ebenso bei der Beschäftigung mit Karl Renners historischen Leistungen bei der Wiedererrichtung der Republik 1945, muss neben der Erfolgsgeschichte auch über seine Indifferenz gegenüber der Shoah berichtet werden. Der von ihm mitkonstruierte „Opfermythos“ mit der Ausblendung der österreichischen Mitverantwortung an den Verbrechen des Nationalsozialismus war parteiübergreifender Konsens der politischen Eliten und gleichzeitig ein politisch-moralisches Legitimationsdefizit der Zweiten Republik. Diese Ambivalenz war der Gründung der Zweiten Republik 1945 mit der von

Das Feindbild des Wiener Hausherrn und Mietzinswucherers sowie das des Kapitalisten der sozialdemokratischen Propaganda trug meist nur die feinsten Züge des Satten und Mitleidlosen. Es konnte jedoch auch den antisemitischen Ressentiments entsprechende „jüdische“ Stereotype aufweisen; wie bei diesem Plakat aus dem Jahr 1919: „Die Reaktionen auf der Krone“. (Sammlung Erik Eybl)



Renner maßgeblich verfassten Unabhängigkeitserklärung von NS-Deutschland bis weit über den Staatsvertrag 1955 hinaus eingeschrieben. Bei erstem wurde die Shoah ausgespart und bei zweitem wurde auf Intervention Leopold Figls auch die Mitverantwortung am Zweiten Weltkrieg getilgt.

Dennoch war Antisemitismus für Karl Renners Politikverständnis und Weltanschauung keine maßgebliche Kategorie und vor allem keine innere Antriebskraft für sein Denken und Handeln. In den Berichten der Historiker:innenkommissionen zu den problematischen nach Personen benannten öffentlichen Flächen in Wien (2012) und Salzburg (2021) wurde dies gleichfalls beschrieben. Ein Blick in Karl Renners Werk zeigt vieles, auch Irrwege und Fehlentscheidungen, aber keine Grundorientierung an der Ausgrenzung von Menschen und Spaltung der Gesellschaft.

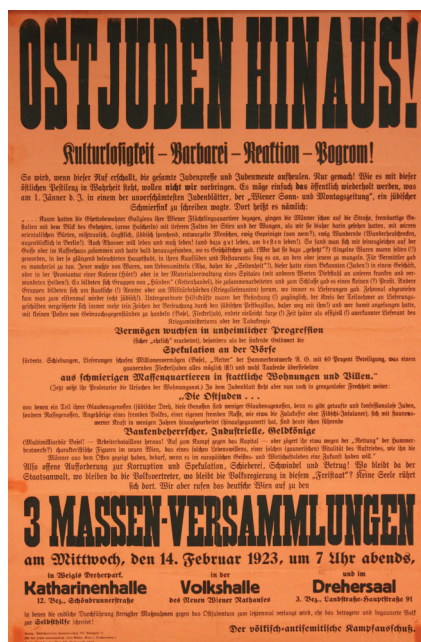
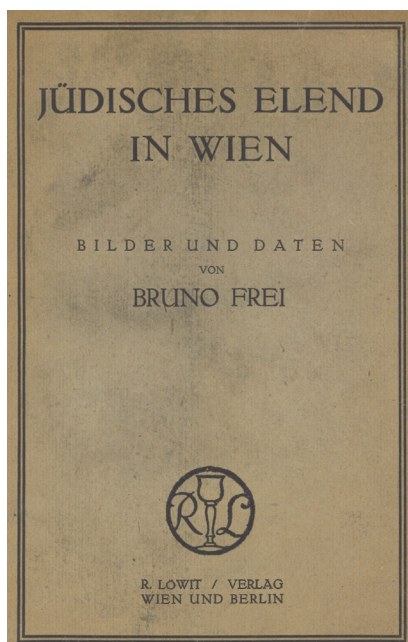
Eine Beschäftigung mit diesem Ausnahmepolitiker wird weiterhin jenseits von Verdammung und Hagiografie notwendig sein. Für die Existenz der demokratischen Republik 1918 und ihre Wiedererrichtung im Jahr 1945 ist er federführend verantwortlich, somit auch für ihre Verdienste und ihre Mängel. Daher gilt es, die große Lebensleistung Karl Renners zu würdigen und sich den vorhandenen Schatten zu stellen.

Erster Weltkrieg, „ostjüdische“ Flüchtlinge und antisemitische Mobilisierung

Ein entscheidender Höhepunkt des österreichischen Antisemitismus begann sich im Ersten Weltkrieg aufzubauen. Die rücksichtslose Kriegs-

führung machte viele Menschen in Europa zu Flüchtlingen. In Österreich-Ungarn waren es ca. 1,5 Millionen. Darunter viele jüdische Kriegsvertriebene aus Galizien und der Bukowina, die vor den russischen Truppen nach Wien flohen. Die k.u.k. Armee erlitt an der Ostfront schwere Niederlagen. Nach anfänglichem Wohlwollen der Bevölkerung kippte bald die Stimmung und die geflüchteten „Ostjuden“ wurden Opfer der antisemitischen Agitation und Mobilisierung. Gegen Kriegsende kam es im Zuge der Grenzziehungs- und Bürgerkriege in den Jahren 1918/19 in Polen und in der Ukraine zu Pogromen gegen jüdische Minderheiten. Nach den Kriegs- kamen nun auch Pogromflüchtlinge nach Wien und Niederösterreich. Diese flohen als Staatsangehörige der Habsburgermonarchie in die mittellose und hungernde Republik Deutschösterreich. Laut Schätzung waren Ende 1918 rund 28.000 „ostjüdische“ Geflüchtete in Wien. Sie wurden politischer Spielball und Opfer antisemitischer Hetze. Die politischen Forderungen überschlugen sich in ihrer Radikalität.

Der sozialdemokratische Landeshauptmann von Niederösterreich, Albert Sever, forderte im September 1919 per Erlass alle Personen, die nicht „in einer Gemeinde Deutschösterreichs heimatberechtigt“ seien, auf, das Land zu verlassen. Massiver Ressourcenmangel und Widerstand der Siegermächte verhinderten dieses Ansinnen, das Sever kurz danach als politischen Fehler bedauerte. Die parlamentarische Forderung von Leopold Kunschak (CSP), für jene „Juden“, die das Land nicht freiwillig verlassen wollen, „Konzentrations-



Der Journalist Bruno Frei war Mitglied der SDAP und bekannt für seine aufreuelnden Sozialreportagen. Das jüdische Flüchtlingelend in Wien beschrieb er in einer 1920 erschienen Broschüre. (Samm lung M. Rosecker)

Das Thema der „ostjüdischen“ Flüchtlinge mobilisierte und radikalisierte die Ressentiments in der schweren Versorgungs- und Wohnungskrise nach dem Krieg. Bei der Nationalratswahl 1920 wurde das Thema wahlentscheidend gegen die SDAP eingesetzt. Das Feindbild „Ostjude“ blieb Jahrzehnte erhalten. Das Plakat rief 1923 zur antisemitischen Massenversammlung auf. (DÖW)

ger“ zu schaffen, radikalisierte ebenso die Debatte. All das fiel im Zuge der Friedensverhandlungen von Saint-Germain-en-Laye im Jahr 1919 mit der Auseinandersetzung um das Staatsbürgerschaftsrecht der Republik zusammen. Im Friedensvertrag wurde das französische Wort „race“ (= Nationalität als Staatsangehörigkeit) mit dem deutschen Wort „Rasse“ übersetzt, was zu dieser Zeit bereits vorwiegend biologisch/rassistisch verstanden wurde. Artikel 80 legte fest, dass Personen für die Staatsbürgerschaft eines Nachfolgestaates der Monarchie „optieren“ können, wenn sie „die gleiche Sprache sprechen und derselben Rasse zugehören“ wie die Bevölkerungsmehrheit. Das wurde juristisch gegen jüdische Optierende verwendet. Sie gehörten demnach nicht zur „deutschen Rasse“. Im Urteil stand: „Sie [= die „Rasse] ist eine ihm angestammte, ihm inhärente, durch physische und psychische Momente bestimmte und charakterisierte Eigenart dauernden Charakters, ein ihm anhaftender Zustand, der nicht willkürlich abgelegt und nicht nach belieben verändert werden kann“(OG-Urteil: 9.6.1921).

Hugo Bettauer – Opfer der Engstirnigkeit

Bettauer wuchs in einer wohlhabenden jüdischen Familie auf und konvertierte 1890 zum evangelischen Glauben. Zunächst zog er in die Schweiz und wanderte in die USA aus. Als US-Staatsbürger ging er 1899 nach Berlin und wurde Journalist. Als Aufdecker von Skandalen machte er sich einen Na-

men. Über den Umweg München, Hamburg und New York kehrte er 1910 nach Wien zurück. Er war als Romanautor, Journalist und Herausgeber tätig. Einige seiner Romane wurden Bestseller und zwei davon verfilmt: „Die Stadt ohne Juden“ und „Die freudlose Gasse“. Ersterer führte mit seiner Vision eines Wiens ohne Juden zu heftigen Anfeindungen durch deutschvölkische und christliche Kreise. Ebenso kämpfte er mit mehreren von ihm herausgegebenen Zeitschriften für die Emanzipation von Frauen und die freie Sexualität. Diese machten ihn endgültig zum antisemitischen Hassobjekt. Der arbeitslose Zahntechniker Otto Rothstock fügte Bettauer am 10. März 1925 fünf Schussverletzungen zu, an deren Folgen er Tage später starb. Der Mörder verbrachte acht Monate in einer Nervenheilanstalt und war dann frei.

Robert Stricker – Zionist und Opfer der Shoah

Stricker war der Sohn von Israel und Florentina Stricker. Er besuchte die technische Hochschule in Brünn und trat in den Dienst der k.k. österr. Staatsbahnen. Als Anhänger Theodor Herzls Zionismus gab er bereits als Student die Jüdische Volksstimme heraus und begründete 1896 die jüdisch-nationale Studentenverbindung Veritas zu Brünn.

Für die 1892 in Lemberg gegründete Jüdische Nationale Partei errang er bei der Wahl zur Konstituierenden Nationalversammlung der Republik Deutschösterreich 1919 ein Mandat. Als Abgeord-



Links außen: Robert Stricker (1879–1944) war auch Redakteur der Jüdischen Zeitung, 1919 bis 1927 war er Chefredakteur und Mitherausgeber der wöchentlich erscheinenden zionistischen Wiener Morgenzeitung und gab anschließend die Zeitschrift Die Neue Welt. (ÖNB)

Links: Hugo Bettauer (1872–1925) trat als Herausgeber mehrerer Zeitschriften auf. Darin setzte er sich für freie Sexualität und die Emanzipation der Frau ein: „Er und Sie. Wochenschrift für Lebenskultur und Erotik“ und „Bettauers Wochenschrift“. (Das Interessante Blatt)

netter vertrat er die Ansicht, dass die österreichischen Juden und Jüdinnen als eigene „Nation“ anerkannt und bei Volkszählungen als solche erfasst werden sollten. Sein diesbezüglicher (abgelehnter) Antrag im Parlament im Oktober 1919 fand Anklang bei den Antisemiten, da sie das Einfallstor für „legale“ Segregation darin erkannten. Strickers Plan, alle „jüdischen Volksgenossen“ in einer „Jüdischen Volkspartei“ zu vereinen, scheiterte, da viele trotz Sympathien für den Zionismus andere Parteien, vor allem die SDAP wählten. Nach dem „Anschluss“ wurde Stricker im März 1938 verhaftet und 1944 in Auschwitz ermordet.

Der Zionistenkongress 1925

In Wien fand 1925 zum zweiten Mal ein Zionistenkongress statt. Im Gegensatz zum ersten im Jahr 1913 führte dieser zu einer massiven antisemitischen Bewegung. Der 1923 gegründete „Völkisch-antisemitische Kampfausschuss“, dem u.a. der Antisemitenbund, der Deutsche Turnerbund, der Alldeutsche Verband, aber auch die christlichsoziale „Reichspost“ und die nationalsozialistische „Deutschösterreichische Tageszeitung“ angehörten, wollte ihn verhindern und rief zu einem „Deutschen Volkstag“ auf. Die Regierungskoalition zwischen Christlichsozialen und Großdeutschen genehmigte jedoch den Kongress mit dem Hinweis, das zionistische Ziel der eigenen nationalen „Heimstätte“ in Palästina und somit die jüdische Auswanderung

seien zu unterstützen. Ebenso sei er gut für die „Fremdenindustrie“ (Wiener Zeitung, 9.8.1925). Die sozialdemokratische Wiener Stadtregierung stand dem Kongress skeptisch gegenüber. Der „Volkstag“ wurde zunächst untersagt. Dennoch kam es trotz massivem Polizeiaufgebots am Tag vor dem Kongress und am Eröffnungstag zu antisemitischen Großdemonstrationen mit Ausschreitungen der „deutschen und christlichen Verbände“ und einer Bombendrohung. Es folgten Massenverhaftungen. Am 22. August fand dann eine behördlich genehmigte antisemitische Demonstration ohne Ausschreitungen statt.

Der Antisemitismus und die österreichischen Universitäten – „Ehrwürdige“ Bildungsstätten oder judenfeindliche „Hölle“?

Aus dem akademischen Milieu und den Universitäten kamen schon im 19. Jahrhundert Forderungen nach diskriminierenden Schritten gegen Jüdinnen und Juden. Die Burschenschaften und Teile des universitären Lehrkörpers bildeten dabei die Speerspitzen. Die Studentenschaft und weite Teile des akademischen Milieus radikalisierten sich in der Ersten Republik in Folge der wirtschaftlichen und politischen Veränderungen, die mit dem Ersten Weltkrieg und dem Ende der Habsburgermonarchie auftraten. Grenzverschiebungen und Migrationsbewegungen schufen



Der Deutsche Klub residierte von 1923 bis 1939 im Leopoldinischen Trakt der Wiener Hofburg. Der Ort entsprach dem elitären Selbstverständnis des Vereins. (Bildarchiv Foto Marburg)

zudem neue wirtschaftliche und gesellschaftliche Verhältnisse und beförderten den Konkurrenzdruck, der durch die Wirtschaftskrise noch zusätzlich erhöht wurde. Der Abbau alter bzw. Aufbau neuer politischer und nationaler Eliten brachte eine Unsicherheit am akademischen Arbeitsmarkt mit sich, die viele durch die steigende Arbeitslosigkeit zu spüren bekamen (Regina Fritz). All das führte dazu, dass das politische Klima an den österreichischen Hochschulen der Zwischenkriegszeit von Diskriminierung und Gewalt gegen jüdische und linke Universitätsangehörige geprägt war. Bruno Kreisky beschrieb seine Studienzeit in Wien in seiner Autobiografie, als „schlicht und einfach eine Hölle“.

Für Wissenschaftler:innen jüdischer Herkunft wurde es ab den 1920er-Jahren fast unmöglich, eine Professur zu erlangen. Völkische und auch katholisch-nationale Studenten veranstalteten regelmäßig pogromartige Gewaltexzesse gegen ihre jüdischen Kommiliton:innen. Maßgeblichen Anteil an diesen Entwicklungen hatten u.a. das 1923 gegründete „Kulturamt der Deutschen Studentenschaft“ und das 1924 ins Leben gerufene „Institut zur Pflege deutschen Wissens“. Beide Organisationen waren Plattformen für die Vernetzung rechtsgerichteter männlicher bürgerlicher Eliten und die Durchsetzung deren Interessen. Gegenseitige Förderung durch Publikationen, Vorträge, Arbeitsstellen und Forschungsaufträge auf der einen und Diskriminierung, Gewaltanwendung und Denunziation auf der anderen Seite waren die Mittel, um die

„Feinde des angestammten Volkes“ (Jüdinnen und Juden, Liberale und „Rote“) zu vertreiben. Der wachsenden Zahl jüdischer Studierender seit den 1870er-Jahren folgten unter dem Vorwand der „Überfremdung“ der „deutsch-christlichen“ Hochschulen Debatten über deren Ausschluss oder Begrenzung (Numerus clausus oder Numerus nullus). An der Universität Wien scheiterten solche Forderungen an deren Rechtswidrigkeit. Erst im April 1938 wurde eine Zwei-Prozent-Grenze für Jüdinnen und Juden festgelegt.

Die Bärenhöhle

An der Frage, wie die Anzahl jüdischer Studierender und Lehrender beschränkt werden könnte, entzündete sich die antisemitische Hetze an den Universitäten bereits ab den 1870er-Jahren. Die Forderung nach einer Quote mit max. 10 Prozent für studierende Jüdinnen und Juden wurde erhoben. Diese widersprach jedoch klar dem von der Verfassung der Republik garantierten Gleichheitsgrundsatz und konnte nur für Ausländer:innen durchgesetzt werden.

Um die Anzahl von Lehrenden zu beschränken, wurden informelle geheime Zirkel gegründet. Eine dieser antisemitischen männlichen Seilschaften an der Philosophischen Fakultät war die so genannte „Bärenhöhle“ (BH). Dieses Netzwerk umfasste 18 Universitätsprofessoren. Interne Absprachen, Intrigen und Denunziationen dieser Clique verhinderten unzählige wissenschaftliche Karrieren von jüdischen, sozialdemokratischen und libera-



Der Seminarraum für Paläontologie an der Universität Wien war Namen gebend für dieses antisemitische Netzwerk, um 1928. (Wikimedia Commons)

len Wissenschaftler:innen. Die Etablierung innovativer Forschungsansätze wurde dadurch unterbunden. Einige Wissenschaftler:innen wurden in die Emigration gedrängt. Die Karrieren von Antisemiten wurden hingegen systematisch gefördert. Einige Vertreter der Bärenhöhle kamen nach 1945 erneut in führende universitäre Positionen und hintertrieben oftmals die Rückkehr jüdischer Wissenschaftler:innen.

Moritz Schlick Opfer des „Irrationalen“

Schlick wurde protestantisch getauft und hatte keine jüdischen Vorfahren. Er studierte Mathematik und Naturwissenschaften in Berlin, Heidelberg und Lausanne. 1922 übernahm er den Lehrstuhl für Naturphilosophie an der Universität Wien. 1924 gründete er den interdisziplinären Diskussionszirkel, der als Wiener Kreis in die Philosophiegeschichte einging und bald Hochburg des logischen Empirismus wurde. Dessen Orientierung an den Naturwissenschaften und der damit verbundene Anspruch an Rationalität in der Philosophie wurden bald zum Feindbild für die antisemitischen reaktionären und völkischen Kräfte an der Universität Wien. Moritz Schlick wurde am 22. Juni 1936 in der Universität von seinem ehemaligen Studenten Hans Nelböck erschossen. Als Motiv gab dieser an, dass er wegen Schlicks antimetaphysischer Philosophie alle „religiösen Überzeugungen und überhaupt jeden Halt verloren“ habe. In der öffentlichen Debatte wurde durch aktive Schuldumkehr dem Opfer als „gehätschelte[m] Hausphilosoph[en] des Austro-

marxismus“ die Verantwortung zugeschoben: „Jüdische Philosophie“ habe an einer „christlich-deutschen Hochschule“ nichts verloren.

Jüdische Strategien gegen den Antisemitismus

Die unterschiedlichen jüdischen Gruppierungen entwickelten verschiedene Gegenstrategien zum Antisemitismus. Die liberale Vereinigung „Deutschösterreichischer Juden“, die bis 1932 die Israelitische Kultusgemeinde dominierte, vertrat die Ansicht, dass die Anfeindungen verschwinden würden, wenn Jüdinnen und Juden kulturell und wirtschaftlich völlig in der österreichischen Gesellschaft integriert sein würden. Sie gingen u.a. juristisch gegen Diskriminierungen und Verhetzung vor und setzten auf öffentliche Aufklärung. Ähnlich sahen dies auch jene Jüdinnen und Juden, die in der politischen Linken aktiv waren. Mit dem Sozialismus würde der Antisemitismus verschwinden. Die Befreiung der Menschen aus den Fesseln der kapitalistischen Unfreiheit, werde den Juden Hass obsolet machen. Für Zionist:innen war der „Zusammenschluss aller Juden“ in einer eigenen autonomen Nation die Möglichkeit, den Antisemitismus kraftvoll zu bekämpfen. Für orthodoxe Gläubige war der weitgehende Rückzug aus der österreichischen Gesellschaft eine Möglichkeit, Konflikte zu dämpfen und sich Respekt durch Strenggläubigkeit zu erarbeiten. Die alle ideologischen, religiösen und klassenspezifischen Grenzen übersteigende geforderte Einheit aller Jüdinnen



Innen: Oswald Menghin (1888–1973) war Professor für Ur- und Frühgeschichte. Er war ein Brückenbauer zwischen katholisch-konservativem und deutschnationalem bzw. nationalsozialistischem Lager. Am 11. März 1938 wurde er Unterrichtsminister und führte u.a. die judenfeindliche Zwei-Prozent-Grenze ein. 1945 kam er in ein US-Internierungslager aus dem er 1948 nach Argentinien floh. Er machte dort erneut Karriere. (ÖNB)

Moritz Schlicks (1882–1936) im Jahr 1930. Sein Mörder musste von seiner 10-jährigen Kerkerstrafe lediglich zwei Jahre absitzen. (Archiv der Universität Wien)

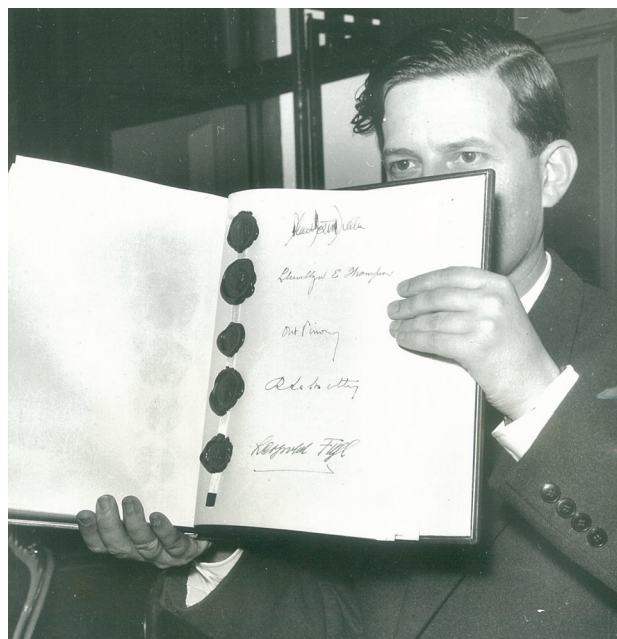
und Juden war brüchig. Die Strategie, gemeinsam mit „Nichtjuden“ gegen den Antisemitismus vorzugehen, blieb Stückwerk, da es in der österreichischen Gesellschaft kaum Bereitschaft dazu gab. (Bruce F. Pauley)

Untergang, Schuld, Wiedererrichtung und Verdrängung – Der österreichische Antisemitismus – ein Kontinuum?

Nach der Beseitigung der Demokratie im Februar 1934 durch die Regierung Bundeskanzlers Engelbert Dollfuß sahen viele Jüdinnen und Juden im austrofaschistischen Regime eine Schutzmacht gegen Hitlerdeutschland. Es gab keine explizite Gesetzgebung gegen Jüdinnen und Juden. Ein erneuter Versuch von Leopold Kunschak eine solche einzuführen, blieb 1936 unbeachtet. Spätestens seit dem „Juliabkommen“, zu dem sich die österreichische Regierung unter Bundeskanzler Kurt Schuschnigg von Hitler-Deutschland genötigt sah, kam diese Hoffnung auf Schutz ins Wanken. Darin wurde zwar die Selbstständigkeit Österreichs akzeptiert, aber gemäßigte Nationalsozialisten in die Regierung aufgenommen und alle politischen Gefangenen der NSDAP amnestiert. Als schließlich Österreich als Staat im März 1938 durch den Einmarsch deutscher Truppen im „Anschluss“ unterging, war dieser nicht nur von breiter Zustimmung der Bevölkerung getragen, sondern auch begleitet von massiven Gewaltexzessen gegen Jüdinnen und Juden: willkürliche Verhaftungen, traumatisierende „Reibpartien“, Schläge und Plünderungen. Dem folgten zunächst Vertreibung und schließlich

die Shoah, also die europaweit systematisch umgesetzte Ermordung der jüdischen Gemeinschaften im Machtbereich NS-Deutschlands während des Zweiten Weltkriegs. Mehr als 65.000 österreichische Jüdinnen und Juden wurden ermordet. Rund 120.000 von ihnen konnten fliehen oder wurden vertrieben.

Die österreichische Republik wurde im April 1945 mit der maßgeblich von Karl Renner verfassten Unabhängigkeitserklärung wieder errichtet. In dieser ist zwar die Mitverantwortung am Zweiten Weltkrieg erwähnt, die Shoah blieb ausgespart. Dieses Ausblenden der Beteiligung überproportional vieler Österreicher:innen an den nationalsozialistischen Verbrechen ist eine „entsetzliche Leerstelle“ (Alfred Noll) und bleibt ein politisch-moralisches Legitimationsdefizit der Zweiten Republik. Politisch-strategische Motive in Bezug auf die Wiedererrichtung als unabhängiger Staat 1945, die immer noch vorhandene Furcht vor der Mobilisierungskraft des Antisemitismus und weiterhin bestehende antisemitische Ressentiments in den Parteien und der Bevölkerung waren dafür ausschlaggebend. Diese breit getragene „Opferstrategie“ stand im krassen Widerspruch zur begeisterten Zustimmung zum „Anschluss“ 1938, zur nachhaltigen Identifikation mit den Zielen der Deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg und zur massiven Virulenz des politisch forcierten aggressiven Antisemitismus in der Ersten Republik.



Die Proklamation vom 27. April 1945 enthielt keinen Hinweis auf die österreichische Mitverantwortung an den Verbrechen des Nationalsozialismus und der Shoah. Im österreichischen Staatsvertrag vom 15. Mai 1955 war auch die Mitverantwortung am Zweiten Weltkrieg getilgt. (Sammlung M. Rosecker und Renner-Museum)

Literatur

- Bajohr, Frank: „Unser Hotel ist judenfrei“. Bäder-Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert (S. Fischer Verlag 2003)
- Benz, Wolfgang: Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Band 33) (Oldenbourg 1991)
- Benz, Wolfgang: Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. 8 Bände in 9 Teilbänden (De Gruyter / Saur 2008–2015)
- Benz, Wolfgang: Was ist Antisemitismus (C.H. Beck 2005)
- Berchtold, Klaus (Hg.): Österreichische Parteiprogramme 1868–1966 (Verlag für Geschichte und Politik 1967)
- Boyer, John W.: Karl Lueger (1844–1910). Christlichsoziale Politik als Beruf. Eine Biografie (Böhlau 2010)
- Buttinger, Joseph: Am Beispiel Österreich Ein geschichtlicher Beitrag zur Krise der sozialistischen Bewegung Verlag Politik und Wirtschaft 1953)
- Ehrlich, Anna: Karl Lueger – die zwei Gesichter der Macht (Amalthea 2010)
- Enderle-Burcel/Gertrude/Reiter-Zatloukal, Ilse (Hg.): Antisemitismus in Österreich 1933 bis 1938 (Böhlau 2018)
- Fritz, Regina/Rossoliński-Liebe, Grzegorz/Starek, Jana (Hg.): Alma Mater Antisemitica. Akademisches Milieu, Juden und Antisemitismus an den Universitäten Europas zwischen 1918 und 1939 (New Academic Press 2016)
- Göderle, Wolfgang: Zensus und Ethnizität. Zur Herstellung von Wissen über soziale Wirklichkeit im Habsburgerreich zwischen 1848 und 1910 (Wallstein 2016)
- Goldinger, Walter (Hg.): Protokolle des Klubvorstandes der Christlichsozialen Partei: 1932 –1934 (Wien 1980)
- Gruberová, Eva/Zeller, Helmut: Diagnose: Judenhass. Die Wiederkehr einer deutschen Krankheit (C.H. Beck 2021)
- Hackl, Erich: Nachschrift zum Fall Menghin. In: Theodor Kramer Gesellschaft (Hrsg.): Zwischenwelt. Zeitschrift für Kultur des Exils und des Widerstands, Jg. 19, Nr. 4. Wien, Februar 2003
- Hadler, Simon: Feindschaften. In: Feichtinger, Johannes/Uhl, Heidemarie: Habsburg neu denken. Vielfalt und Ambivalenz in Zentraleuropa (Böhlau 2016) S. 59–65
- Robert Knight (Hg.): „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen. Die Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 bis 1953 über die Entschädigung der Juden (Böhlau 2000)
- Kriechbaumer, Robert (Hg.): „Dieses Österreich retten ...“ Protokolle der christlichsozialen Parteitage in der Ersten Republik (Böhlau 2006)
- Leidinger, Hannes/Moritz, Verena: Die Republik Österreich 1918. 2008 : Überblick, Zwischenbilanz, Neubewertung (Deuticke 2018)
- Mbembe, Achille: Politik der Feindschaft (Suhrkamp 2016)
- Mesner, Maria (Hg.): Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ (Oldenburg 2005)
- Mesner, Maria/Reiter, Margit/Venus, Theodor: Enteignung und Rückgabe. Das sozialdemokratische Parteivermögen in Österreich 1934 und nach 1945 (Studienverlag 2007)
- Nasko, Siegfried: Karl Renner. Zu Unrecht umstritten? Eine Wahrheitssuche (Residenz Verlag 2016)
- Pauley, Bruce F.: Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung (Kremayr & Scheriau 1993)
- Pelinka, Anton: Die gescheiterte Republik. Kultur und Politik in Österreich 1918–1938 (Böhlau Verlag 2017)
- Pfoser, Alfred/Weigl, Andreas: Die erste Stunde Null: Gründungsjahre der österreichischen Republik 1918–1922 (Residenz Verlag 2017)
- Rauchensteiner, Manfred: Unter Beobachtung. Österreich seit 1918 (Böhlau Verlag 2017)
- Renner, Karl: Die Wandlungen der Christlichsozialen. Zum neuen Kampf mit dem alten Feind, in: Maifestschrift (Wiener Volksbuchhandlungen 1908)
- Renner, Karl: Die Christlichsozialen in Österreich und das Zentrum im Reiche, in Die Gesellschaft, Jg. 6 1929/II (Berlin)
- Renner, Karl: Die Novemberverbrecher? Die Anklagen der Hitler-Bewegung gegen die „Novemberverbrecher“ wegen nationalen Verrats (Wiener Volksbuchhandlungen 1932)
- Renner, Karl: Denkschrift über die Geschichte der Unabhängigkeitserklärung Österreichs und die Einsetzung der Provisorischen Regierung der Republik (Österreichische Staatsdruckerei 1945)
- Wolfgang Rosar: Deutsche Gemeinschaft. Seyß-Inquart und der Anschluss (Wien 1971)
- Rosecker, Michael: Karl Renner. Ein republikanisches Fundament (Karl-Renner-Institut 2020)
- Rütgen, Herbert: Antisemitismus in allen Lagern. Publizistische Dokumente zur Ersten Republik Österreich 1918 bis 1938 (Dissertation der Karl-Franzens-Universität, 1989)
- Siegert, Michael: Mit dem Browning philosophiert. Der Mord an Moritz Schlick am 22. Juni 1936, in: FORVM. Internationale Zeitschrift für kulturelle Freiheit, politische Gleichheit und solidarische Arbeit, Jahrgang 1981, No. 331/332
- Schmitz Richard: Das christlichsoziale Programm mit Erläuterungen (Volksbundverlag 1932)
- Staudinger, Anton: Christlichsoziale Judenpolitik in der Gründungszeit der österreichischen Republik, in: Jahrbuch für Zeitgeschichte (Wien 1978) S. 11–48
- Stourzh, Gerald/Müller, Wolfgang: Der Kampf um den Staatsvertrag 1945–1955. Ost-West-Besetzung, Staatsvertrag und Neutralität Österreichs (Böhlau 2020)
- Uhl, Heidemarie: Der österreichische Opfermythos und seine Transformationen in der Zweiten Republik, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), Heft 1/2001
- Wandruszka, Adam/Urbanitsch, Peter (Hg.): Die Völker des Reichs. Band III/Teilband 1 und 2 (Verlag der Akademie der Wissenschaften 1980)
- Whiteside, Andrew G.: Georg Ritter von Schönerer. Alldeutschland und sein Prophet (Styria 1981)

Anreise mit dem PKW / Autobus:

Semmering-Schnellstraße (S6) Abfahrt Gloggnitz, erste Verkehrsampel rechts abbiegen, nach 1 km links abbiegen und dann den Hinweisschildern folgen.

Mit der Bahn:

Südbahn Station Gloggnitz, von dort ca. 10 Minuten Fußweg zum Museum.

Mit dem Fahrrad:

Gloggnitz ist über die Schwarzatal Radroute mit dem EuroVelo 9 ab Lanzenkirchen verbunden (ca. 27 km).



Dr. Karl Renner-Museum
Rennergasse 2
2640 Gloggnitz

Tel.: +43 (0) 2662 / 424 98
office@rennermuseum.eu
www.rennermuseum.eu

Sie finden uns auch auf

